

**abgeschlossen am
27. Juni 2003**

	<u>Seite</u>
1. Steuersenkungspaket verabschiedet	1
2. Republikaner gegen Untersuchung nachrichtendienstlicher Pannen	2
3. Senat debattiert Kompromiss zu Medikamenten-Zusatzversicherung	4
4. Senat für Maßnahmen zur Senkung von Arzneimittelkosten	6
5. Repräsentantenhaus für Verbot von umstrittenem Abtreibungsverfahren	7
6. Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 im Vermittlungsausschuss	8
7. Defizit im US-Bundeshaushalt verschärft sich	9
8. Kritik an Inhaftierungspraxis von Terrorverdächtigen	10

6/2003

1. Steuersenkungspaket verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben am 24. Mai 2003 die von Präsident Bush zur Konjunktur- und Wachstumsstimulierung geforderten Steuersenkungen mit knappen Mehrheiten verabschiedet (vgl. CR 5/2003, S. 1).

Im Repräsentantenhaus stimmten 231 Abgeordnete für das Steuerpaket und 200 dagegen. Nur sieben Demokraten schlossen sich der republikanischen Mehrheit an. Ein republikanischer Abgeordneter, Jim Leach (Iowa), stimmte gegen das Steuergesetz.

Im Senat stimmten jeweils 50 Senatoren für das Steuersenkungspaket und 50 dagegen. Den Ausschlag gab schließlich das Votum von Vizepräsident Dick Cheney, der nach Artikel I der US-Verfassung Senatssitzungen leiten kann und bei Stimmgleichheit über Stimmrecht verfügt. Zwei demokratische Senatoren stimmten mit der republikanischen Mehrheit, drei republikanische Senatoren mit der demokratischen Minderheit.

Das Steuerreformgesetz, das bis 2009 ein Entlastungsvolumen von 330 Mrd. USD anvisiert, sieht im Einzelnen vor, dass

- die bereits 2001 beschlossenen Absenkungen der Einkommenssteuer vorgezogen,
- die Steuervergünstigungen für Kinder auf 1.000 USD angehoben,
- die Steuernachteile für Verheiratete bei gemeinsamer Veranlagung eliminiert,
- die Steuerbelastungen für Einkommen aus Kapitalerträgen und Dividendenzahlungen auf 15 Prozent verringert und
- die Abschreibungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessert werden.

Zusätzlich wurde ein Entlastungspaket mit einem Umfang von 20 Mrd. USD für die Haushalte der Einzelstaaten beschlossen, die durch die schleppende Konjunkturentwicklung in eine akute finanzielle Schieflage geraten sind.

Um die insbesondere von gemäßigt-konservativen Republikanern im Senat geforderte Begrenzung der Steuerentlastungen auf maximal 350 Mrd. USD (vgl. CR 4/2003, S. 3) zu gewährleisten, ist die Maßnahme befristet und läuft zwischen 2005 und 2009 wieder aus.

Ungeachtet der Beschränkung des Umfangs der Steuersenkungen gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Administration, die zunächst ein Kürzungspaket mit einem Umfang von über 700 Mrd. USD anvisiert hatte, gilt die Entscheidung als Erfolg für Präsident Bush und als wichtiger Meilenstein in seinen Bemühungen um die Wiederwahl 2004.

Allerdings bleibt der längerfristige politisch-strategische Erfolg der Entscheidung angesichts der gespaltenen Reaktionen der Wählerinnen und Wähler auf das Reformpaket offen.

Zum einen wird die wirtschaftspolitische Effektivität der mittlerweile dritten Runde der republikanischen Steuersenkungen von großen Teilen der Öffentlichkeit bezweifelt, und auch die Auswirkungen auf das Haushaltsdefizit (vgl. Punkt 7) sowie die Finanzierung populärer Programme wie *Social Security*, *Medicare* und *Medicaid* werden skeptisch betrachtet.

So fällt die Zustimmung der Öffentlichkeit zu Präsident Bushs wirtschaftspolitischen Führungsleistungen deutlich hinter die nach wie vor sehr positive Beurteilung seiner generellen Amtsführung zurück und liegt unter 50 Prozent. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Demokraten in der Einschätzung der steuerpolitischen Kompetenzen der Parteien zu den Republikanern aufschließen konnten.

Zum anderen droht die Frage der sozialen Gerechtigkeit die republikanischen Bemühungen um eine weitere Profilierung als Steuersenkungspartei zu beschädigen, denn die Mehrheit der Bevölkerung glaubt, dass die beschlossenen Kürzungen die oberen Einkommensgruppen überproportional bevorteilen. Die Demokraten haben mit dem Hinweis darauf, dass die im Zuge der Steuerkürzungen beschlossene Erhöhung des Kinderfreibetrages um jeweils 400 USD für Familien mit einem Jahreseinkommen zwischen ca. 10.000 und 26.000 USD nicht greift, bereits sehr öffentlichkeitswirksame Kritik geübt.

Während der Senat Anfang Juni 2003 nahezu einstimmig beschlossen hat, diesen familienpolitischen „Schönheitsfehler“ zu korrigieren, will die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus ungeachtet der Ermahnungen Präsident Bushs einer Korrektur nur im Rahmen zusätzlicher Steuersenkungsmaßnahmen zustimmen.

Entscheidend für die Wahrnehmung der republikanischen Steuer- und Wirtschaftspolitik dürfte angesichts der wenig enthusiastischen Reaktionen der Wähler die Entwicklung der Konjunktur sein, die bisher wenig Anzeichen einer nachhaltigen Erholung zeigt und vor allem keine schnelle Entlastung des Arbeitsmarkts erwarten lässt.

2. Republikaner gegen Untersuchung nachrichtendienstlicher Pannen

Die Republikaner im Repräsentantenhaus haben sich am 26. Juni 2003 im Rahmen der Verabschiedung der *Intelligence Authorization 2004* gegen eine breite Untersuchung der nachrichtendienstlichen Pannen im Vorfeld des Irak-Krieges ausgesprochen. Ein entsprechender Vorstoß der Demokratin Sheila Jackson Lee (Texas) wurde mit 239:185 Stimmen abgelehnt. Jackson hatte in einem *Amendment* eine unabhängige

Untersuchung der Arbeit der Central Intelligence Agency (CIA) vor dem Irak-Krieg durch den *Comptroller General* verlangt.

Die Bush-Administration begründete ihren Präventivkrieg gegen das Regime Saddam Husseins im März 2003 wesentlich mit der Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen, die sich jedoch bis dato nicht haben finden lassen. Stattdessen erklärte Bushs stellvertretender Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz, der als einer der Architekten des Irak-Krieges gilt, im Mai 2003 nonchalant, dass die Hervorhebung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen nicht zuletzt einem bürokratischen Hintergrund geschuldet sei, weil der damit verbundene - von der Administration wieder und wieder öffentlich ins Feld geführte Kriegsgrund eine Konsenslösung im Nationalen Sicherheitsrat eröffnete, „that everyone could agree on“. Da spielte es eine untergeordnete Rolle, dass die Bedrohung, die vom Irak und dessen Massenvernichtungswaffen ausging, offensichtlich alarmierender gezeichnet wurde als dies die nachrichtendienstliche Aufklärungslage tatsächlich hergab.

Kritiker in den Reihen der Demokraten wie Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.) werfen der Bush-Administration vor, die Arbeit der CIA politisch bewusst beeinflusst zu haben und befürchten nun eine Glaubwürdigkeitslücke im Kampf der Vereinigten Staaten gegen den internationalen Terrorismus. „Die Messlatte für die Glaubwürdigkeit der Bedrohung durch „rogue states““ wie den Iran oder Nordkorea, so auch Joseph R. Biden, der führende Demokrat im Auswärtigen Ausschuss des Senats, sei für die Zukunft empfindlich angehoben worden.

Im Repräsentantenhaus ging der Demokrat Dennis J. Kucinich (Ohio), der für die Präsidentschaftsnominierung seiner Partei kandidiert, noch einen Schritt weiter und verlangte im Rahmen der *Intelligence Authorization* 2004 des Repräsentantenhauses eine Offenlegung der Gespräche zwischen Vizepräsident Dick Cheney und der CIA, nachdem bekannt geworden war, dass Cheney das Hauptquartier des Geheimdienstes in Langley, Virginia im Vorfeld des Irak mehrfach aufgesucht hatte. Kucinichs Vorstoß wurde von den Republikanern als „billiger“ Versuch des Wahlkampfes abqualifiziert und von der Kammer entsprechend zurückgewiesen.

Auf republikanischer Seite deutete bisher nur John W. Warner (Va.), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat an, dass er sich eine breite, öffentlich geführte Untersuchung der Umstände der nachrichtendienstlichen Pannen im Vorfeld des Irak-Krieges vorstellen könnte. Präsident Bush hingegen sieht Versuche „revisionistischer Historiker“ am Werk und einiger, die „die Geschichte umschreiben möchten.“

Dabei hat die Durchmischung politischer Lagebeurteilungen und nachrichtendienstlicher Aufklärung durch die CIA in den Vereinigten Staaten durchaus eine Vorgeschichte, wenn man beispielsweise an die Bemühungen von William J. Casey denkt, der als CIA-Direktor unter Präsident Ronald Reagan eine kaum verhüllte Politisierung der Arbeit der CIA mit Blick auf die Einschätzung der militärischen Fähigkeiten der Sowjetunion betrieb.

Inwieweit die politische Beeinflussung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der CIA im Vorfeld des Irak-Krieges zu einen Wahlkampfthema werden könnte, bleibt abzuwarten. Zumindest auf demokratischer Seite werden die Stimmen nach einer unabhängigen Untersuchung durch den Congress immer lauter. Allerdings ist es den Republikanern bisher gelungen, jede genauere Untersuchung der Umstände für die nachrichtendienstlichen Pannen den Geheimdienstausschüssen zu übertragen, die in nicht-öffentlicher Sitzung tagen.

3. Senat debattiert Kompromiss zu Medikamenten-Zusatzversicherung

Der Senat hat Mitte Juni 2003 mit der Debatte eines Kompromissentwurfs zur Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung (Medigap Insurance) unter Medicare, der Krankenversicherung des Bundes für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, begonnen.

Die langjährigen Auseinandersetzungen um die Absicherung von Medikamentenkosten (vgl. CR 3/2003, S. 7), die unter *Medicare* nur während Krankenhausaufenthalten abgedeckt sind, haben durch einen gemeinsamen Vorschlag der Senatoren Max Baucus (D-Mon.) und Charles E. Grassley (R-Iowa) Anfang Juni 2003 unerwartet neuen Schub gewonnen, nachdem auch Präsident Bush seine Unterstützung für die Baucus-Grassley-Vorlage erklärt hat.

Der Gesetzentwurf, dessen Gesamtkosten mit 400 Mrd. USD in den ersten 10 Jahren veranschlagt werden, sieht vor, dass

- Anspruchsberechtigte unter *Medicare* gegen einen monatlichen Beitrag von ca. 35 USD eine private Medikamenten-Zusatzversicherung abschließen können,
- Medikamenten-Ausgaben bis zu 4.500 USD nach Überschreiten eines Grundeigenbeitrags von 275 USD zur Hälfte und
- Kosten über 5.813 USD zu 90 Prozent von der Versicherung übernommen werden.

Ausgaben von 4.500 bis zu 5.813 USD müssen allerdings von den Versicherten selbst getragen werden („doughnut hole“). Senioren mit geringen Einkommen sollen demgegenüber staatliche Unterstützung zur Abdeckung von Medikamenten-Ausgaben erhalten.

Das *Senate Finance Committee* unter Vorsitz von Grassley hat die Vorlage mit 16 gegen 5 Stimmen mit breiter Zustimmung aus beiden Parteien angenommen und damit an das Plenum der Kammer überwiesen. In der laufenden Senatsdebatte sind jedoch auch erhebliche Vorbehalte von Vertretern beider Seiten deutlich gemacht worden.

Demokraten vor allem aus dem linken, reformliberalen *Mainstream* der Partei kritisieren zum einen die Lücken der Absicherung und die erheblichen Kosten für Versicherte. Zum anderen fordern sie, dass den Versicherten bundesweit eine staatliche Alternative zu privaten Medikamentenversicherungen angeboten werden sollte. Ein entsprechender Änderungsantrag der Senatorin Debbie Stabenow (D-Mich.) wurde jedoch mit 53 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Die Baucus-Grassley-Vorlage sieht bisher vor, dass ein staatliches Versicherungsangebot nur in Regionen in Anspruch genommen werden kann, in denen weniger als zwei private Anbieter auftreten.

Republikaner aus dem rechten, konservativen *Mainstream* der Partei wenden dagegen ein, dass die Gesetzesvorlage nicht weit genug in der Stärkung von Wettbewerb und Marktstrukturen geht. In einem offenen Brief an den Präsidenten skizzierten 27 Senatoren ihre Vorbehalte.

Kritisch betrachtet wird insbesondere eine weitgehende Konzession Präsident Bushs, der auf seine Forderung verzichtet hat, die Leistungen unter der Medikamenten-Zusatzversicherung mit einem Wechsel der Medicare-Versicherten zu privaten Krankenversicherern zu verknüpfen, um so langfristige Kosteneinsparungen für das Gesamtprogramm zu erreichen.

Angesichts der breiten Unterstützung von Seiten des Präsidenten, der republikanischen Parteiführungen beider Kammern und führender Demokraten wie Tom Daschle (S.D.) und Edward Kennedy (Mass.) stehen die Chancen für eine Annahme der Reform, die ungeachtet ihrer hohen Popularität in den Vorjahren mehrfach an zwischenparteilichen Differenzen gescheitert ist, gegenwärtig vergleichsweise gut.

Doch in der noch ausstehenden Debatte im Repräsentantenhaus kann mit einer stärkeren Akzentuierung der parteipolitische Differenzen gerechnet werden.

Eine vom *Ways and Means Committee* des Repräsentantenhauses Mitte Juni 2003 mit 25 gegen 15 Stimmen angenommene Vorlage sieht vor, dass *Medicare*-Versicherten, die zu privaten Versicherungen wechseln, bessere Bedingungen bei der Medikamenten-Zusatzversicherung eingeräumt werden sollen.

Eine Alternativvorlage der Demokraten, die mit einem Finanzierungsvolumen von 900 Mrd. USD eine generell großzügigere Medikamenten-Versicherung erreichen sollte, scheiterte dagegen mit 27 gegen 25 Stimmen im *House Energy and Commerce Committee*.

Eine stärkere Betonung der zwischen den Parteien heftig umstrittenen Elemente könnte in den Verhandlungen zwischen Senat und Repräsentantenhaus die Kompromisslösung erneut in Frage stellen, obwohl beide Seiten mit Blick auf die Wahlen 2004 ein Scheitern verhindern oder zumindest nicht dafür verantwortlich sein wollen.

4. Senat stimmt für Maßnahmen zur Senkung von Arzneimittelkosten

Der Senat hat Mitte Juni 2003 mit großen Mehrheiten zwei Gesetzesvorlagen verabschiedet, die auf eine Absenkung der in den zurückliegenden Jahren stark gestiegenen Kosten von Medikamenten zielen.

Mit 62 gegen 38 Stimmen nahm der Senat eine Vorlage an, die es Apothekern wie Versandhäusern erlauben soll, Medikamente aus Kanada zu reimportieren und ohne Auflagen in den USA zu vertreiben.

Am gleichen Tag stimmte der Senat mit 94:1 Stimmen für eine Gesetzesvorlage, die durch eine Straffung der Patentschutzregeln eine schnellere Zulassung und Markteinführung von Nicht-Markenprodukten (*generic drugs*) ermöglichen soll.

Während gleichgerichtete Vorstöße in der Vergangenheit mehrfach am Widerstand der pharmazeutischen Industrie und konservativer Republikaner insbesondere im Repräsentantenhaus scheiterten, scheinen die Aussichten für derartige Kostensenkungsmaßnahmen gegenwärtig deutlich besser.

Präsident Bush hat seine Unterstützung für eine Straffung des Patentschutzes öffentlich bekundet. Bereits am 12. Juni 2003 hat die Administration eine neue Verordnung angekündigt, die es Unternehmen untersagt, für ein Medikament wiederholt eine 30-monatige Verlängerung des Patentschutzes zu erwirken.

Demgegenüber steht die Administration einer Zulassung von Reimporten aus Kanada unverändert ablehnend gegenüber. Ein Sprecher des *Department of Health and Human Services* (DHHS) verwies darauf, dass nach wie vor Sicherheitsbedenken bestünden. Insbesondere sei nicht auszuschließen, dass Medikamente unkontrolliert nach Kanada und dann weiter in die USA reimportiert würden.

Konservative Kritiker heben zudem hervor, dass Medikamenten-Reimporte aus Kanada, wo die Arzneimittelpreise staatlich kontrolliert werden, die Marktwirtschaft untergraben und langfristig die Entwicklung neuer Medikamente in Frage stellen könnten.

Die größte Hürde für die Annahme der beiden Gesetzesvorlagen stellt jedoch die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus dar. Die Parteiführung um *Speaker Dennis Hastert* (R-Ill.) hat dennoch angedeutet, dass eine Verabschiedung der Vorlagen höhere Chancen habe als in den zurückliegenden Jahren.

Vor allem im Zuge der Verhandlungen um eine Reform von *Medicare* (vgl. Punkt 3) könnten die Vorstöße als Kompromissangebote zur Durchsetzung kommen. Ob die konservativen Mitglieder der republikanischen Fraktion allerdings der Strategie der Parteiführung und des Präsidenten folgen, die mit Blick auf die Wahlen 2004 sozialpolitisches Engagement demonstrieren wollen, bleibt abzuwarten.

5. Repräsentantenhaus für Verbot von umstrittenem Abtreibungsverfahren

Das Repräsentantenhaus hat sich am 4. Juni 2003 mit 282:139 Stimmen für das Verbot eines umstrittenen Verfahrens zum Schwangerschaftsabbruch ausgesprochen, das von seinen Gegnern als „Partial Birth Abortion“ gebrandmarkt wird.

Für die Entscheidung stimmten 220 Republikaner und 62 Demokraten. Gegen die Gesetzesvorlage (House Resolution 760) sprachen sich 133 Demokraten, 5 Republikaner und ein Unabhängiger aus.

Damit sind die Abtreibungsgegner, die sich im März 2003 bereits im Senat (vgl. CR 3/2003, S. 5) mit einer ähnlich lautenden Gesetzesvorlage durchsetzen konnten, ihrem Ziel näher gerückt, das Recht auf Abtreibung in den USA einzuschränken, das seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs 1973 (Roe gegen Wade) gilt.

Die Gesetzesvorlage sieht vor,

- „partial birth abortions“, bei denen der Embryo (in der Regel in einem späten Schwangerschaftsstadium) zur leichteren Entfernung erst dann getötet wird, wenn sich der obere Teil des Körpers bereits außerhalb des Mutterleibes befindet, grundsätzlich zu verbieten.

Von dieser Regelung ausgenommen bleiben soll nur eine medizinisch indizierte Gefährdung der Gesundheit der Mutter, u.a. im Falle körperlicher Behinderung.

Während die Gegner der Entscheidung darauf verwiesen, dass ein ähnlich lautendes Gesetz des Bundesstaates Nebraska vom *Supreme Court* im Jahr 2000 für verfassungswidrig erklärt worden war, zeigten sich die Befürworter um den Republikaner Steve Chabot (Ohio) optimistisch, dass der „Partial Birth Abortion Ban“ einer Überprüfung durch den Obersten Gerichtshof standhalten werde.

Nun müssen Repräsentantenhaus und Senat ihre Gesetzesvorlagen zunächst aber noch im Vermittlungsausschuss aufeinander abstimmen, bevor sie Präsident Bush zur Unterzeichnung vorgelegt werden können. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Bill Clinton unterstützt Bush den Gesetzesvorstoß der Abtreibungsgegner im Congress voll und ganz.

Dabei dürfte es zwischen den Verhandlungsführern beider Kammern vor allem zu einem Tauziehen um einen Zusatz kommen, der nur in der Senatsvorlage enthalten ist und das Recht auf Abtreibung in Anlehnung an die Entscheidung des Supreme Court aus dem Jahr 1973 ausdrücklich unterstreicht. Ein diesbezügliches *Amendment* war im März 2003 auf Drängen von Senator Tom Harkin (D-Iowa) der Senatsvorlage zur „Partial Birth Abortion“ mit 52:46 Stimmen hinzugefügt worden.

Abtreibungsgegner wie Rick Santorum (R-Penn.) im Senat und Chabot im Repräsentantenhaus zeigen sich jedoch zuversichtlich, dass sie das Harkin-Amendment im Vermittlungsausschuss ohne größere Überzeugungsarbeit zu Fall bringen können.

6. Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 im Vermittlungsausschuss

Repräsentantenhaus und Senat haben am 22. Mai 2003 ihre jeweiligen Vorlagen für das Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 („Defense Authorization“) mit 361:68 bzw. 98:1 Stimmen verabschiedet. Im Rahmen der *Defense Authorization* entscheidet der Congress der Sache nach über die von der Administration angeforderten Mittel für das Verteidigungsministerium. Über die Ausgabenhöhe wird dann im Einzelnen im Rahmen der Verteidigungsbewilligung („Defense Appropriation“) entschieden.

Die Vorlagen beider Kammern

- sehen Rüstungsausgaben in Höhe von 400,5 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2004 (das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2003 beginnt) vor.

Die Genehmigungssumme liegt damit 1,4 Mrd. USD über dem von der Bush-Administration geforderten Haushaltsansatz. Die Befürworter weiter gehender Rüstungssteigerungen im Repräsentantenhaus unter Führung von Duncan Hunter (R-Calif.), dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses, konnten sich mit ihrer Forderung nach Erhöhung des Genehmigungsumfangs um zusätzlich 30 Mrd. USD nicht durchsetzen. Zu groß war der Druck fiskalkonservativer Republikaner, die auf strikter Ausgabendisziplin entlang der Vorgaben der Budget-Resolution 2004 beharrten (vgl. CR 4/2003, S. 1).

Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss, wo beide Kammern ihre Vorstellungen noch im Detail synchronisieren müssen, dürften sich gleichwohl kompliziert gestalten. So möchte das Repräsentantenhaus beispielsweise 23 B-1 Langstreckenbomber modernisieren, die die Luftwaffe einmotten möchte. Die Senatsversion der *Defense Authorization* wiederum sieht vor, die Neubestückung des Reaktors eines Atom-U-Bootes vorzunehmen, was nicht an oberster Stelle auf der Prioritätenliste der Marine steht.

Abstimmungsbedarf besteht auch mit Blick auf das *Cooperative Threat Reduction-Programm* („Nunn-Lugar“), mit dem die USA seit 1992 die Abrüstung des russischen Nuklearwaffenkomplexes begleitet haben und das sie technisch und finanziell unterstützen. Während das Repräsentantenhaus in seiner Vorlage Bedingungen an die Genehmigung weiterer Haushaltsmittel für das Programm knüpft (wie z.B. die Entsendung amerikanischer Programm-Manager vor Ort), verzichtet die Vorlage des Senats auf diesbezügliche Vorgaben.

Differenzen zwischen beiden Kammern gibt es auch mit Blick auf die Modernisierung von M-1 Panzern und gepanzerten Schützenwagen, für deren Modernisierung das Repräsentantenhaus entgegen den Vorstellungen des Pentagons über 700 Mio. USD genehmigt hat.

Einigkeit besteht hingegen mit Blick auf die Entwicklung einer neuen Generation bunkerbrechender Nuklearwaffen („low yield earth penetrator warheads“), die die Demokraten in beiden Häusern erfolglos zu verhindern suchten.

Nun bleibt abzuwarten, ob es den Verhandlungsführern beider Kammern im Vermittlungsausschuss gelingt, ihre Arbeit vor der Sommerpause Ende Juli abzuschließen.

7. Defizit im US-Bundshaushalt verschärft sich

Das Defizit im amerikanischen Bundshaushalt scheint gegenüber früheren Schätzungen deutlich größer auszufallen als angenommen. Das *Congressional Budget Office* (CBO), das Haushaltsbüro des Congress, korrigierte seine Prognosen für 2003 (vgl. CR 2/2003, S. 9) im Juni deutlich nach oben und geht nun von einem Defizit in Höhe von 400 Mrd. USD (gegenüber ursprünglich etwa 200 Mrd. USD) aus.

Berechnungen der Bankenwirtschaft gehen sogar von einem Fehlbetrag von 500 bis 550 Mrd. USD im Haushaltsjahr 2003 aus, das rechnungstechnisch am 30. September 2003 endet. Für 2004 wird mit einer ähnlich katastrophalen Haushaltsentwicklung gerechnet – und dass, nachdem Ende der neunziger Jahre noch von einem kontinuierlichen Überschuss im amerikanischen Bundshaushalt bis 2010 ausgegangen worden war.

Für diese Entwicklung wird neben der konjunkturellen Entwicklung im Gefolge des 11. September auch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung verantwortlich gemacht. So schätzt das *Joint Economic Committee on Taxation*, dass das im Mai 2003 verabschiedete Steuerreformpaket (vgl. Punkt 1) den Bundshaushalt mit bis zu 349 Mrd. USD bis zum Jahr 2012 belasten dürfte, was allein in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 mit Kosten in Höhe von 60,8 bzw. 148,7 Mrd. USD zu Buche schlagen dürfte.

Fiskalkonservative Republikaner wie Patrick J. Toomey (Penn.) im Repräsentantenhaus, der Mitglied des *Republican Study Committee* (RSC) ist, haben in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Budgetbewilligung 2004 nochmals strikte Haushaltskontrolle angemahnt. „Seit langer Zeit gab es nicht mehr so viel Grund die Ausgaben zu kontrollieren“, so Toomey, der ähnlich wie die Vorsitzenden der Haushaltsausschüsse in beiden Kammern, Jim Nussle (R-Iowa) und Don Nickles (R-Okla.), auf strikte Einhaltung der Ausgabenobergrenzen im Bereich des *discretionary spending* pocht.

Die Republikaner hatten sich bei der Verabschiedung der Budget-Resolution 2004 im Bereich des *discretionary spending* auf eine maximale Ausgabensumme von 784,7 Mrd. USD verständigt (vgl. CR 4/2003, S. 1), wovon 400 Mrd. dem Verteidigungsministerium zufließen sollen. Nun befürchten sie wohl, dass die Frage der Haushaltsdisziplin im Lichte des sprunghaft gestiegenen Haushaltsdefizits zu einem Thema des Wahlkampfes 2004 werden könnte, obwohl es in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit bisher nur wenig Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Demokraten haben zuletzt versucht, die Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes (vgl. CR 5/2003, S. 4) politisch für einen Angriff auf die Budgetpolitik der Republikaner zu nutzen – bisher allerdings ohne großen Erfolg.

8. Kritik an Inhaftierungspraxis von Terrorverdächtigen

Justizminister John Ashcroft hat in einer Anhörung vor dem *House Judiciary Committee* Anfang Juni 2003 seine Forderung nach einer Verschärfung des nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetzes (USA Patriot Act) bekräftigt.

Ashcroft fordert insbesondere

- eine Ausweitung der Todesstrafe bei terroristischen Vergehen,
- eine generelle Inhaftierung ohne Option auf Freilassung gegen Kautions sowie
- eine Präzisierung und Ausweitung des Tatbestands der Unterstützung („material support“) terroristischer Aktivitäten.

Unbeschadet der breiten Zustimmung zu der verschärften Terrorismusbekämpfung sah sich Ashcroft in der Befragung durch die Ausschussmitglieder auch mit wachsender Kritik aus beiden Parteien konfrontiert, die sich auf die Sicherung von Freiheitsrechten der im Zuge von Ermittlungen inhaftierten Personen konzentriert.

Hintergrund der Debatte vor allem über den Umgang der Sicherheitsbehörden mit Inhaftierten ist ein von Inspector General Glenn A. Fine am 2. Juni 2003 vorgelegter Bericht zu den Ermittlungs- und Inhaftierungspraktiken nach den September-Anschlägen.

Während der Bericht, der dem Justizministerium vom Congress im Rahmen des *Patriot Act* auferlegt worden ist, die überaus schwierige Situation würdigt, in der sich die Behörden nach den Terroranschlägen befanden, weist er auf eine Reihe von gravierenden Problemen und Missständen hin.

Der Bericht kritisiert vor allem, dass

-
- die 762 in den USA inhaftierten Ausländer nicht umgehend und umfassend über Anschuldigungen und Verfahren aufgeklärt worden sind,
 - Kontakte zu Anwälten und Familien teilweise eingeschränkt wurden,
 - die Klärung, ob und inwieweit die auf der Basis von Verletzungen von Einwanderungsbestimmungen Inhaftierten überhaupt unter Terrorverdacht standen, nicht zügig und zielgerichtet erfolgte,
 - die Inhaftierungsbedingungen in einzelnen Gefängnissen ungebührlich harsch waren und
 - Vorwürfe psychologischer und physischer Misshandlung durch das Sicherheitspersonal zumindest in einem der Gefängnisse begründet erschienen.

Als Konsequenz aus den Untersuchungsbefunden präsentiert der Bericht 21 konkrete Änderungsvorschläge, die von verbessertem Informationsfluss zwischen den verschiedenen Behörden bis hin zu einer Verschärfung der Aufsicht über das Sicherheitspersonal reichen.

Der Vorsitzende des Justizausschusses, James Sensenbrenner (R-Wisc.), hob in der Anhörung hervor, dass der *Patriot Act* dem Schutz von Freiheitsrechten dienen solle, nicht deren Einschränkung. Demokratische Ausschussmitglieder hielten Ashcroft vor, die „Kollateralschäden“ der Ermittlungen gingen weit über das vertretbare Maß hinaus und drangen auf verschärfte Kontrollen.

Das Justizministerium hatte zunächst scharf auf die Vorhaltungen reagiert und betont, man wolle sich nicht für die Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel in der Bekämpfung des Terrorismus entschuldigen. Vor dem Ausschuss hielt Ashcroft an dieser Position fest, beteuerte aber, dass Rechtsverletzungen und Misshandlungen nicht hingenommen und die Verbesserungsvorschläge des *Inspector General* eingehend geprüft würden.

Die öffentliche Diskussion um den Untersuchungsbericht und die Anhörung im Congress lassen jedoch erkennen, dass eine weitere Verschärfung der Sicherheitsgesetze auf zunehmende Skepsis stößt. Bereits im Mai 2003 ist eine Initiative konservativer Republikaner im Senat gescheitert, alle Bestimmungen des *Patriot Act* dauerhaft festzuschreiben und so die Befristung eines Teils der neuen Ermittlungskompetenzen der Behörden bis 2005 aufzuheben.